

Sallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

№. 398.

für Inhalt und Thätigkeit.

Jahrgang 196.

Zweite Ausgabe

Verlags- und Druckerei-Gesellschaft, Halle a. S., Leipzigerstr. 67, Winterhaus.
Telephon Nr. 178.
Eingang Nr. 5, Winterhaus.
Verantwortl. Redakteur: Dr. Walter Schmiedel in Halle a. S.

Mittwoch, 26. August 1908.

Geschäftsstelle in Berlin, Bernauerstr. 8.
Telephon VII Nr. 11 493.
Druck und Verlag von Otto Zeltz in Halle a. S.

Die Partei der Lüge und ihre Presse.

Kein anerkanntes Presseorgan irgend einer Partei ist auch nur annähernd so häufig auf Lügenfäden ertrinkt worden, wie das Zentralorgan der Sozialdemokratie. Kein anderes Parteiorgan widmet sich wie der „Vorwärts“ der Aufgabe, auf Grund gefälschten Materials Entstellungen zu machen und fast jede Nummer zu liebe eines störenden Strafenverkaufs zu einer Sensationsnummer zu gestalten. Aber wie die Partei, so ihre Pressevertretung. Die Sozialdemokratie lebt und wächst nur durch Skandal und Lüge, weil kann ihr Zentralorgan anders beschaffen sein, als es sich jetzt darstellt? Unbegreiflich ist es nur, daß sich noch immer ein großes Publikum findet, das die Entstellungen des „Vorwärts“ immer wieder gutgläubig aufnimmt, obwohl sich davon schon so vieles als Lüge erwiesen hat. Man sollte doch meinen, daß es allseitig für angebracht gehalten würde, der Sensationsmacherei des sozialdemokratischen Hauptblattes mit dem größten Mißtrauen entgegenzutreten. Aufeinander steigt aber noch immer die Neugierde und das Sensationsbedürfnis über Vernunft und Urteilskraft.

Welche Mütter haben die größten Erfolge bei dem Strahlenverkauf? Nur diejenigen, die auf die Neugier und Schadenfreude solcher Menschen, denen es auf ein paar Groschen nicht ankommt. Den Käufern von Skandal- und Lügenliteratur hoffet aber immer das Stigma der Unreife an. Der fittlich und politisch Reife wird wichtiglich sich abgewandt von Verbreitungsstellen abwenden, von denen aus Welt weis, daß sie auf Lügenfäden wandeln. Von dem sozialdemokratischen Zentralorgan ist das eine bekannte und in sehr vielen Fällen erhärtete Sache. Also müßte für jeden anspruchsvollen Menschen die Parole lauten: „Hand weg vom „Vorwärts“!“

Die letzten Schritte des sozialdemokratischen Hauptorgans sind besonders bezeichnend. Um die Monarchie herabzusetzen, hat der „Vorwärts“ einen erlogenen Plan „entfaltet“, nämlich eine Hovel-Tafel bei Potsdam besetzt und als Wohnsitz der Kaiserfamilie eingerichtet werden sollte, um dieselbe vor der Sozialdemokratie zu schützen. Die ganze Erzählung dieser Günstlingsgeschichte, wie sie mit mildem Ausdrücke die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ nannte, lief auf Herabsetzung der Monarchie, auf eine Schädigung von deren Ansehen vor der Sozialdemokratie hinaus. Die Sozialdemokratie sollte dabei als eine unerhörte Macht hingestellt werden, vor der alles, auch der Kaiser zittert. Die „Kaiserfamilie“ ist aber sehr bald als Gründung des „Vorwärts“ entlarvt worden. Glaubt man aber, daß das Blatt kein Unrecht eingesteht? O nein! Es fährt vielmehr ebenso wie die sozialistische Provinzpresse fort, durch Verdrehungen und Klaffereien seine Behauptung aufrecht zu erhalten. Etwas davon bleibt hängen — so fällt die Sozialdemokratie — und so wird Steinchen um Steinchen aus dem Fundament der Königskrone losgelöst, um die Monarchie zu erschüttern.

In ganz gleicher Weise operiert das sozialdemokratische Parteiorgan und die ihm blind nachsehende sozialdemokratische Provinzpresse mit den „Entstellungen“ über eine angebliche Wahlrechtsveränderung. Auch dieses ganze Gerücht entpuppt sich nun teils als Unberühmung, teils als Schwindel. Freund welchen unerschöpflichen Hintergrund hat die Sache nicht, sie scheint vielmehr lediglich auf ein geschickliches Unternehmen hinauszuweisen. In der Bevölkerung wird man des ewigen und grundlosen Geschreibes: das Wahlrecht ist in Gefahr, allmählich überdrüssig. So viel weiß doch nun endlich jeder Urteilsfähige, daß die Bemerkungen einzelner, und wären dies noch so hervorragende Männer, nicht genügen, eine Wahlrechtsänderung herbeizuführen. Ebenso wird aber jedermann zugeben müssen, daß das Recht, an dem bestehenden Zustande des Wahlrechtsystems Kritik zu üben, niemandem verkürzt werden darf. Die Sozialdemokratie, die sich in der Theorie als erste Verfechterin der Pressefreiheit und Bestimmungsfreiheit ausgibt, will jedoch nach der Art des Revolverjournalismus jede Diskussion über das ihr so unheimliche Thema verhindern. Dadurch aber liefert sie die beste Illustration davon, welche Freiheit die Bürger in ihrem „höflich-begünstigten“ Zirkelkreise genießen würden.

Aus diesem Verhelfen der sozialdemokratischen Partei-zeitschrift kann man doch folgern, daß es um die Wahrheit

liebe dieser Mütter und der ganzen Partei, die sich einer solchen Pressevertretung erseht, ganz miserabel bestellt ist. Es sollte also die ernsthafteste politische Presse verzichten, die „Vorwärts“-Redenden, die noch dazu auf Mißbrauch gefasener Briefe und dergleichen aufgebaut sind, ernsthaft zu diskutieren. Mit einer Partei, die durch einen „Vorwärts“ bedient wird, diskutiert man nicht. Das hat keinen Zweck, sondern verführt der Sozialdemokratie nur zu der von ihr gewollten Rufe. Die galizische Geschäftsleute, so erachtet es auch die von Singer geleitete Partei als beste Empfehlung, wenn von der Firma möglichst unabhässig gesprochen wird — auf das „Wie?“ und „Was?“ kommt es bei solchen Rufen nicht an.

Unseres Erachtens muß man den „Vorwärts“ feier anfeinden und sich auf Widerlegungen seiner Lügen in der Presse nicht weiter einlassen. Diese Widerlegungen werden ja doch, wie die letzten Beispiele zeigen, verdreht — und es wird ruhig weiter gelogen. Man findet der Meinung, daß man — von privater wie von staatlicher Seite — mit Verhörungen im „Vorwärts“ selbst und mit Klagen vorgehen müsse, wo immer es sich nur tun läßt. Jede „Barnheimsche“ einem solchen Blatte gegenüber ist von Nutzen. Dann aber wird es notwendig sein, auf den konser-vativen Antrag zurückzukommen und das Verbot und Gehör von Briefen, Akten und anderen Schriftstücken unter schwere Strafen zu stellen. Dadurch allein wird man den sozialdemokratischen Müttern und der Partei der Lüge ihr Handwerk zu legen vermögen.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 26. August.

* Der Kaiser auf der Saalburg und in Homburg. Am gestrigen Dienstag vormittag ist Se. Majestät der Kaiser mit dem Prinzen und der Prinzessin Friedrich Karl von Hessen und Gesele nach der Saalburg, wo er gegen 10½ Uhr eintraf. In dem Saalburg-Restaurant begrüßten Geh. Raurat Jacob, Landrat Ebbingshaus und Oberbürgermeister Marx den Kaiser, der sich von dort nach dem Württemberg begab, das er einbeziehen beabsichtigt. Weiter begab sich Se. Majestät auf dem Wege nach der porta decumana, von dem Publikum lebhaft begrüßt, zum Prætorium in dem Saalburg und nahm in Gegenwart des Bildhauers Goetz die vom Saalburg aufgestellten Statuen der Kaiserin Sabinia und Severus in Augenschein. Er beabsichtigte auch die rekonstruierte porta sinistra. Kommerzienrat Albert Wiedebach, der Kaiserin, empfangt persönlich den Dank des Kaisers. Gleich nach 12 Uhr bezieht die Herrschaften im Stall die Pferde und ritten über den Hofsaalweg durch den Hardwald nach Homburg ins Schloß, wo sie um 1 Uhr eintrafen.

In der feierlich geschmückten Lustfeste wurden sie von dem Bediensteten jubelnd begrüßt. Prinz und Prinzessin fuhren nach Schloß Friedrichshof, während der Kaiser sich mit Gesele zum Oberbürgermeister v. Marx begab, wo er das Reichsland einnahm; an diesem Abend wird der englische Gesandte, Lord Curzon, am 4. Uhr nachmittags traf Se. Majestät der Kaiser auf dem Wappsaal der evangelischen Kirche in der Dorfstraße vor der ehemaligen Oberförsterei ein. Am Eingange zu dem Wappsaal hatten die Schüler des Kaiser Friedrich-Gymnasiums und der Reichsschule Aufstellung genommen. Raurat Ebbingshaus, Geh. Raurat Jacob sowie die Geschäftsleute empfingen Se. Majestät am Tor und geleiteten den Kaiser zum Hofe, auf welchem die Umrisse der zu erbauenden Kirche mit weißen Brettern, die vier Türme durch Flaggenmasten markiert waren. Ammiten des Hofes stand das Gipsmodell der Hofkirche, an welchem Geh. Raurat Schwichten, der an dem Schluß des Hofes einige Änderungen vorgenommen hat, dem Kaiser erläuterte. Se. Majestät untersuchte sich mit den Geschäftsleuten und einigen Herren aus dem Städtchen und verabschiedete sich mit den Worten: „Mir Wiedersehen in der neuen Kirche.“

Um 4½ Uhr fuhr Se. Majestät mit dem Gefolge über Oberurzel nach Schloß Friedrichshof zurück. Wie verlautet, wird der Kaiser außer dem Besuche auf der Saalburg noch verschiedene weitere Ausflüge in die Umgegend von Friedrichshof unternehmen. Ferner glaubt man mit Sicherheit annehmen zu dürfen, daß der Monarch gelegentlich seiner Anwesenheit in Kronberg einwillige Bestimmungen über die Wiedereröffnung der alten Burg Kronberg zum Besuche durch das Publikum treffen wird. Die Anreise des Kaisers nach Friedrichshof nach Schloß Wilhelmshöhe wird voraussichtlich im Laufe des Mittwoch erfolgen.

* Prinz Waldemar tritt am 15. Oktober mit einem Luftballon von Homburg die Ausreise nach Ostasien an zur Übernehmung des ersten Auslandsbefehls am Bord des Kreuzers „Hertha“.

* Der ehemalige Staatssekretär des Reichsfinanzamts Freih. v. Zeltmann wird seinen kaiserlichen Posten in Berlin nehmen. Freih. v. Zeltmann hat bei seinen Abschieden aus dem Reichsdienst den Rang eines preussischen Stabsministers verliehen erhalten.

* Papst Pius X. und die deutschen Katholiken. Das bereits erwähnte Schreiben des Papstes an den in Köln verammelten Katholikentag beginnt mit einer Dankagung für die vom vor-

berendenden Komitee an Pius X. gerichteten Glückwünsche zur Thronbesteigung. Der Papst dankt nicht nur die Bedeutung des Umstandes, daß diesmal das 50. Jahr seit dem Beginn der katholischen Generalverfassungen vollendet worden ist, und führt fort: „Wenn auch nur bei dieser Jubelbegegnung besonders am Herzen liegt, gegen Gott, den Schöpfer aller guten Gaben, die Pflicht des Dankes zu erfüllen, so will es uns obliegen, das würdevollste Lob dem zu verdanken. Wir tun dies um so lieber, je offener und gewisser sich vorher die Gesinnungen der Bevölkerung und liebevoller Zuneigung waren, von denen Unser Vorgänger Leo XIII. unerschrocken Abstanden gegen die Generalverfassungen der katholischen Vereine erfüllt hat. Wir tun es in dieser feierlichen Weise, damit ihr, durch dieses Ereignis der Liebe von Seiten des Papstes aufgenommen, nicht nur um so bereitwilliger, sondern auch noch um so freudiger fortjährt in euren Arbeiten und euren Werken für die heilige Kirche. Und wird es bei dieser Jubelbegegnung gewiß sehr angenehm erscheinen, das Abenden der Eingekerkerten aus eurem Lande, des heiligen Wanders und der anderen hervorragenden Männer zu erneuern, deren Verlaß von Vaterland und Kirche immerdar empfinden wird, und die vor dem lange Zeit hindurch eurer Versammlungen durch ihre Teilnahme geistig und durch das Gewicht ihrer Persönlichkeit geleitet haben. Wer allem blicke die erste Stelle gewährt dem sehr heiligen Leo XIII. der eure Vereine stets begünstigt und gefördert hat; Leo XIII. welcher von seinem wiederholt gegen das deutsche Volk begangenen vaterländischen Ungehorsam nicht ohne heftigen Widerstand abgewandt, indem er den ausgesprochenen Übertritt der Stadt, in welcher ihr eure Zusammenkunft feiern werdet, in Anerkennung seiner Verdienste in das heilige Rommland der Kardinalen berufen hat.“

* Die deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen. Von Petersburg wird gemeldet, daß man in der Sitzung der Handelsvertragsdelegation am Sonntag zur Prüfung des allgemeinen Teils des russischen Zolltarifentwurfs übergegangen sei; nach der Beendigung dieser Prüfung werden die Delegationen nach Berlin zurückkehren, wo im Oktober die zweite Sitzung stattfinden soll.

* Der deutsch-englische Schiffahrt-Vertrag. Unter Vorsitz des Generaldirektors Hallin von der Hamburg-Amerika-Linie soll am 24. d. M. nach Berichten aus London eine wichtige Zusammenkunft von Direktoren deutscher transatlantischer Schiffahrtsgesellschaften stattfinden. Obgleich die Verhandlungen streng geheim gehalten werden, behauptet der „Commercial Advertiser“ doch mitteilen zu können, daß die wahrscheinlich zu einer deutsch-englischen Kombination für den transatlantischen Verkehr führen würden. Eine Personlichkeit, die mit beiden Parteien Fühlung habe, soll zu einem Vertreter des genannten Hauses geknüpft haben; Generaldirektor Hallin sieht in den englischen Verhandlungen zu Kaiser Wilhelm der zu Hallin williges Verhalten hat. Der Kaiser wünscht das Zustandekommen eines kommerziellen Bündnisses zwischen Deutschland und England als Grundlage zukünftiger Freundschaft zwischen beiden Ländern. Die gegenwärtigen Zusammenkünfte in London, die eine Folge der Wahl Dovers zur Anlaufhafen für die Schiffe der Hamburg-Amerika-Linie seien, würden zu weiteren Schritten beaufsichtigen einer Verhandlung zwischen den deutschen und den englischen transatlantischen Schiffahrtsgesellschaften führen.

Wir geben diese Nachrichten nur mit allem Vorbehalt wieder. Wichtig ist, daß das Anlaufen Dovers auf besonderen Wunsch des Kaisers eingerichtet ist, und die Hamburg-Amerika-Linie sich zu den bedeutendsten Rollen dieses Schrittes nicht sehr gern erweisen will. Letztgenanntes kommt die obige Mitteilung vom „Laffan-Bureau“ doch beschaffen ist immer zuverlässig ist. (Siehe auch unter „Letzte Telegramme“.)

* Neutral-Moresnet. Wie wir unerlässlich erfahren, sind nunmehr die seit längerer Zeit zwischen Belgien und Preußen schwelenden Verhandlungen betr. die endgültige Regelung der politischen Zugehörigkeit von Neutral-Moresnet zwischen Preußen und Belgien dem Abschlusse nahe. Danach würde das 350 Hektar umfassende Moresnet mit 3500 Einwohnern Belgien zugesprochen. Preußen erhält für die Preisgabe seiner Ansprüche eine entsprechende Geldsumme. Die Regelung der politischen Zugehörigkeit Moresnets bedeutet nunmehr auch das definitive Ende der in Aachen in letzter Woche errichteten Spielhöllen.

* Die Post der Mannheimer Postboten. Die „Postische Zeitung“, eine Gegnerin der nationalsozialistischen Reformen, schreibt über dieses Verbot:

„Hier und da wird freilich verlangt, man solle nicht in den antijudaistischen Jugend-Anschauungen der Nationalsozialisten verfallen, sondern Freunde darüber ermahnen, daß solche Antisemitismen sich zur freijugendlichen Anschauung bekennen, ergo von lächerlichen Antisemitismen ablassen. Aber dieses hat man wohl zu erklären, daß die Herren Raumann und v. Gerlach, aus sprachwissenschaftlichen Antisemitismen nicht erst zu reden, die sich der freijugendlichen Bewegung angeschlossen wollen, nicht sich zur freijugendlichen Anschauung bekennen. Dem politischen Antisemitismus sind sie gelegentlich in den letzten Jahren entgegengetreten; den geisteswissenschaftlichen Antisemitismus hat insbesondere Herr Raumann mit großer Unterwürdigkeit notwendig erklärt. Er erkennt die Existenz einer „Judenfrage“ an; er erklärt, daß in einzelnen Bereichen und Gegenden die soziale Frage eine „Judenfrage“ ist; er stellt die Juden in Gegensatz zu den Germanen, den Deutschen; er will die Auswanderung der „nicht-jüdischen Elemente“ vom Osten nach dem Westen, wenn es möglich ist, gesetzlich einschränken. Es ist nicht bekannt geworden, daß Herr Raumann alle diese seine Anschauungen, zu denen er sich noch in seinem „Rationalismus“ bekannt hat, in einem Werk, das bis auf diesen Tag verbreitet wird, irgendein und wann aufgegeben hätte. Ist es auch er, seit er Unterfangen in den freijugendlichen

